

Erste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf am Montag, den 18. Dezember 1922.

(Beginn: 12 Uhr 13 Minuten.)

Um 12 Uhr versammeln sich die Mitglieder des Landtages im Sitzungssaale des Ständehauses.

Um 12 Uhr 13 Minuten eröffnet der Landtagskommissar Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs den 64. Rheinischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem die Preussische Staatsregierung mich im Einvernehmen mit dem Provinzialausschusse der Rheinprovinz zu dem Amte des obersten staatlichen Verwaltungsbeamten meiner geliebten Heimatprovinz berufen hat, habe ich die Ehre, Sie heute zum ersten Male zu einer Tagung des Provinziallandtages zu begrüßen und herzlich willkommen zu heißen. Wohl selten hat ein Oberpräsident in so ernster Zeit die provinzielle Volksvertretung versammelt, wie dies mir heute beschieden ist. Der seit dem unglücklichen Kriegsausgang in den rheinischen Provinziallandtagen immer wieder zum Ausdruck gekommene Hoffnungswunsch, daß endlich ein hellerer Sonnenstrahl durch das dunkle Gewölk durchbrechen möge, hat sich leider bisher nicht verwirklicht. Der Druck, der infolge des Versailler Friedensdiktates auf unserem Vaterlande und besonders auf der Rheinprovinz liegt, hat sich im Laufe der Zeit immer mehr verstärkt und ist infolge der neuesten außenpolitischen Entwicklung geradezu unerträglich geworden. (Zustimmung.) Im Innern hat die infolge der unsicheren und sich fortgesetzt ungünstiger gestaltenden außenpolitischen Verhältnisse reizend fortschreitende Geldentwertung eine Teuerung hervorgerufen, die weitesten Schichten der Bevölkerung die Daseinsmöglichkeit nimmt und zu Elend und Hunger in entsetzlichem Ausmaße bereits geführt hat. (Sehr wahr!) Die Unterernährung hat fast schon wieder den Stand erreicht, wie er während der letzten Kriegsjahre unter dem Drucke der feindlichen Blockade für uns so verhängnisvoll geworden ist. (Zustimmung.)

Es ist Pflicht des Staates und jedes Einzelnen, der dazu, auch unter weitgehender Einschränkung seiner eigenen Bedürfnisse, nur irgend im Stande ist, den in Not geratenen Volksgenossen zu helfen, insofern dies nur irgendmöglich ist. (Bravo!) Dem Elend zu steuern und die Not zu lindern, wird mir persönlich besonders am Herzen liegen. (Erneutes Bravo!)

Seit beinahe 4 Jahren trägt das rheinische Volk die ihm durch das Versailler Friedensdiktat auferlegten besonderen Lasten. Es trägt sie für das gesamte Vaterland um des Vaterlandes willen. Es lebt und wohnt zum Teil in enger räumlicher Gemeinschaft mit einer ihm fremden Besatzung, und hat dadurch in hohem Maße seine Friedfertigkeit bewiesen und ein hervorragendes Beispiel von Selbstzucht gegeben. (Bravo!) Es wird mit der Gesamtheit des deutschen Volkes auch in Zukunft alle die Opfer bringen, die um des Vaterlandes willen gebracht werden müssen und die zu bringen nur irgendmöglich ist. Das rheinische Volk wird aber niemals Wege gehen, die mit der Liebe zum angestammten Vaterlande und der nationalen Ehre nicht verträglich sind. (Lebhafter Beifall.) Sein innerstes Gefühl sträubt sich gegen jede freiwillige oder gewaltsame Lockerung aus dem Gefüge des preussischen Staates oder des deutschen Reiches. (Laute Zustimmung.) Der Rheinländer würde es nie verstehen, wenn ein anderes Volk, dessen Vaterlandsliebe mit Recht hoch zu preisen ist, ihm Zumutungen stellte, die es selbst mit Abscheu von sich weisen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Was unsere Väter waren, das sind wir und das sollen unsere Kinder bleiben: deutsch, immerdar deutsch. (Laute Beifall.) Jeder Versuch, diesen Zustand zu ändern, müßte ein friedloses Europa schaffen für unabsehbare Zeiten und letzten Endes den Ruin bringen für alle Beteiligten, Sieger und Besiegte. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Erhebend waren die Kundgebungen, die in letzter Zeit angesichts der uns angedrohten neuen Zwangsmaßnahmen aus allen Schichten der rheinischen Bevölkerung erklingen sind. Nicht minder erhebend und beglückend sind aber auch die Schwüre der Treue und Anhänglichkeit, die aus dem unbefleckten Deutschland zu uns herüberdringen.

Wir Rheinländer danken in diesen ernsten und schweren Stunden allen, die an unserem Schicksal Anteil nehmen. Wir danken dem Reichskanzler, daß er wiederholt den festen Willen der deutschen Regierung bekundet hat, daß sie niemals bereit sein wird, besetztes Gebiet preiszugeben.

Wir freuen uns ganz besonders über die herzlichen Kundgebungen aus unserer Schwesterprovinz Westfalen, die ausnahmslos auf den innigen und unverbrüchlichen Zusammenhang der beiden Provinzen hingewiesen haben. (Bravo!) Wir danken dem Westfalenland für die Bereitwilligkeit, mit der es uns in unserer Bedrängnis unterstützen will.

Wir danken ferner auch den übrigen Provinzen des preussischen Staates, die in hochherziger Weise sich entschlossen haben, der unter der geographischen Lage an der Grenze valutastarker Länder in wirtschaftlicher Hinsicht ganz besonders leidenden Rheinprovinz nicht allein mit ermunterndem Wort, sondern auch mit der Tat beizustehen, wodurch unsere notleidende Bevölkerung eine wesentliche Unterstützung haben wird. (Beifall.) Wir freuen uns über dieses Vorhaben um so mehr, weil nichts besser und vornehmer die enge Schicksalsgemeinschaft des unbefetzten und besetzten Gebietes zum Ausdruck bringen könnte. (Sehr richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einberufung dieses außerordentlichen Provinziallandtages ist vor allen Dingen mit Rücksicht darauf notwendig geworden, daß infolge der wirtschaftlichen Lage und des Sinkens der deutschen Mark die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Provinz, insbesondere die Ausgaben für die Provinzialanstalten, derartig gestiegen sind, daß bereits starke Etatsüberschreitungen vorgenommen werden mußten und daß der voraussichtliche weitere Fehlbetrag eine erhebliche Nachtragsumlage für das Rechnungsjahr 1922 notwendig machen wird. Als Sie im Juli ds. Js. den Haushaltsplan berieten, handelte es sich um einen Fehlbetrag von 221 004 150 Mk., der durch Provinzialabgaben aufgebracht werden sollte und zu dessen Deckung die Erhebung einer Provinzialumlage von 260% auf die Realsteuern nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen genehmigt wurde. Damals war Ihnen jedoch schon nicht zweifelhaft, daß bei einer weiteren Verschlechterung der deutschen Währung und bei einer weiteren allgemeinen Preissteigerung die Provinz mit diesem Betrage nicht auskommen, sondern, daß gegen Schluß des Rechnungsjahres in diesem Falle die Erhebung einer Nachtragsumlage notwendig werden würde. Unter Berücksichtigung eingetretener Ersparnisse und wesentlicher Mehreinnahmen einerseits und der Ausgaben andererseits, stellt sich nunmehr der durch Provinzialumlage zu deckende Mehrbedarf der Provinz auf 310 983 459 Mk. Der Provinzialausschuß schlägt Ihnen vor, zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Provinzialhaushaltsplanes für 1922 diesen Betrag durch eine Nachtragsumlage zu decken und den Provinzialausschuß zu ermächtigen, den Maßstab zu beschließen, nach welchem dieser Betrag der Umlage gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auf die Stadt- und Landkreise verteilt werden soll, und nach diesem Maßstab die Neuverteilung auf die einzelnen Stadt- und Landkreise zu beschließen.

Einen weiteren Beweis für den wirtschaftlichen Niedergang unserer Verhältnisse im allgemeinen sowie für die finanzielle Notlage der Provinz im besonderen, bietet Ihnen ferner der Antrag des Provinzialausschusses, daß der Betrieb der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen vom Provinzialverband aufgegeben werden soll. Die bereits aus Gründen der Ersparnis umgestellte Anstalt Galkhausen bedarf nach dem Stande der Kosten derartig hoher Zuschüsse, daß der Provinzialausschuß nach eingehender Prüfung keinen anderen Ausweg gefunden hat, als Sie zu bitten, die Anstalt völlig stillzulegen und die freierwerdenden Gebäude zu anderen Zwecken zu benutzen. Das Nähere ersehen Sie aus dem entsprechenden Bericht und Antrag des Provinzialausschusses.

Weitere Anträge des Provinzialausschusses bezwecken die Erhöhung der Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft, die gleichfalls mit Rücksicht auf die weitere Geldentwertung und das Wachsen des Geschäftsumfanges der Gesellschaft wiederum notwendig geworden ist. Die Gesellschaft hat sich im Interesse der Förderung des Kleinwohnungswezens außerordentlich bewährt, insbesondere auch ihre Tätigkeit auf das Gebiet der Baustoffwirtschaft ausgedehnt, sodaß sie mit Recht als eine gemeinnützige Zentralstelle bezeichnet werden kann.

Ferner wird von Ihnen die Bereitstellung eines Betrages bis zu 800 Millionen Mk. zum Zwecke der Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen, das sich in seiner Haltbarkeit vor allem für den Verkehr mit Kraft- und Lastkraftwagen bisher am besten bewährt hat, und daher vor allem im Industriegebiet als Befestigungsart verwandt werden soll, beantragt werden.

Für alle diese Aufgaben, sowie zur Durchführung der Beschlüsse des 62. und 63. Provinziallandtages, betreffend Bereitstellung von Mitteln zum Bau und zur Gewährung von Arbeitgeberzuschüssen für die Errichtung von Wohnungen für Beamte und Angestellte der Provinzialverwaltung, für Verbesserung von maschinentechnischen und wärmewirtschaftlichen Anlagen in den Landesanstalten, für Schaffung von Büroräumen im Ständehause, für den Umbau der orthopädischen Kinderheilstätte Süchteln, sowie ferner zur Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank sollen die Mittel durch Ausgabe von Rheinprovinz-Anleihecheinen beschafft werden, und Sie werden gebeten, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, das Privilegium zur Ausgabe dieser Anleihecheine in Höhe von 2 Milliarden Mk. nachzusehen und die näheren Anleihebestimmungen festzusetzen. Die Anleihen sollen in dieser Höhe nachgesucht werden, da außer dem Bedarf für die bereits angeführten Zwecke mit der fortschreitenden Geldentwertung und dem Anwachsen des Kapitalbedarfs für alle Provinzial-

betriebe im Interesse ihrer Wirtschaftlichkeit die Notwendigkeit sich ergeben hat, ihnen einen angemessenen Betriebsfonds zu schaffen. Die bisherige Uebung, zur Deckung der laufenden Ausgaben den Anstalten Vorschüsse zu geben, die nur gegen hohe Zinsen von der Landesbank entnommen werden können, kann nur als wirtschaftlich unrichtig bezeichnet werden. Das Nähere bitte ich auch hier aus der Ihnen vorliegenden Drucksache ersehen zu wollen.

Ich verkenne nicht, daß es mißlich ist, gegen Schluß des Rechnungsjahres den ohnehin schwer belasteten Kommunen und Kommunalverbänden noch weitere schwere finanzielle Opfer aufzubürden. Aber wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen, müssen die notwendigen Ausgaben mit Aufbietung der letzten Kraft aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihren Verhandlungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Mögen sie mit der Einmütigkeit geführt werden, die die Not der Rheinlande gezeitigt hat und die in so herrlicher Weise innerhalb der von Ihnen vertretenen Bevölkerung zutage getreten ist und die schwere Zeit mit einem milderen Scheine verklärt hat.

Im Namen der Preussischen Staatsregierung erkläre ich den 64. Rheinischen Provinziallandtag hiermit für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Nach § 32 der Provinzialordnung und § 1 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag hat das an Jahren älteste Mitglied des Landtages zunächst den Vorsitz zu übernehmen. Soweit mir bekannt, ist Herr Abgeordneter Dr. Olberg das älteste Mitglied des Hauses; er ist am 31. Mai 1845 geboren. — Es meldet sich kein älteres Mitglied. Ich darf daher Herrn Abgeordneten Olberg bitten, den Altersvorsitz zu übernehmen.

Altersvorsitzender Dr. Olberg: Dem Herrn Oberpräsidenten, der heute zum ersten Male nach seinem Amtsantritte als Kommissar der Staatsregierung bei unserer Tagung zugegen ist, beehre ich mich im Namen des Provinziallandtages unseren Gruß zu entbieten und dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß seine Tätigkeit als Oberpräsident für Provinz, Staat und Reich von reichem Erfolge und recht segensreich sein möge. (Bravo!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie der Herr Oberpräsident bereits hervorgehoben hat, hat die Ungunst der Zeit, die stets zunehmende Geldentwertung, die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die dadurch notwendig gewordene Erhöhung der Gehälter, Löhne und Materialpreise wie bei allen Kommunalverwaltungen so auch bei unserer Provinz eine große Lücke im Haushaltsplan verursacht. Für den hierzu notwendigen Bedarf neue Mittel zu bewilligen, ist eine Aufgabe unserer gegenwärtigen Tagung.

Doch neben dieser materiellen Sorge drückt uns eine noch viel schwerere Sorge um die Freiheit unserer Provinz.

Immer drohender haben sich im Westen dunkle Gewitterwolken aufgetürmt. Wie rollender Donner ertönen von dort mit hundertfachem Echo die Worte: Pfänder, weitere Besetzung, Zollschranken, Beschlagnahme. Immer deutlicher und offener treten die Bestrebungen zutage, uns Rheinländer von unserem deutschen Vaterlande zu trennen. Frei und offen und mit fester Entschiedenheit legen wir, die gewählten Vertreter der Rheinprovinz, gegen diese Bestrebungen feierlichst Verwahrung ein. (Beifall.) Es ist unsere Pflicht, es ist unser gutes Recht, ja mehr noch: es ist uns Herzenssache, unsere unerschütterliche Treue gegen das geliebte deutsche Vaterland zu betonen. (Lebhafte Bravo!) „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!“, diese Worte unseres Dichters sind jedem wahren Rheinländer aus der Seele gesprochen. (Beifall.) Wie bei unseren früheren Tagungen so wollen wir auch heute wieder das Gelöbnis unwandelbarer Treue gegen unser hartbedrängtes Vaterland erneuern. (Lauter Beifall.) Möge unsere Stimme nicht nur jenseits des Rheins bei unseren Brüdern, sondern auch über die Grenze des Deutschen Reichs hinaus vernommen und beachtet werden.

Mit Herz und Mund bekennen wir: Rheinlands Söhne und Rheinlands Töchter wollen wie ihre Väter allezeit treue Deutsche sein und bleiben. (Allgemeiner Beifall.)

Rheinische Heimat am deutschen Rhein,
Rheinland und deutsches Vaterland
umschlinget fest ein unlösbares Band!
Lieb Heimatland, lieb Vaterland,
dir schwören wir Treue
mit Herz und mit Hand! (Lauter Beifall.)

Nach der Provinzialordnung sind die beiden jüngsten Mitglieder zu Schriftführern und Stimmzählern zu berufen. Nach den mir gemachten Mitteilungen ist das jüngste Mitglied Herr Knab, geboren am 23. Dezember 1895. Ist Herr Knab hier? (Abg. Knab: Ja!) Dann bitte ich ihn, sich hierher zu bemühen und an meiner Seite Platz zu nehmen.

Das zweitjüngste Mitglied ist Herr Gertner, geboren am 17. Juli 1894. Ist Herr Gertner hier? (Abg. Gertner: Ja!) Dann bitte ich auch ihn, sich hierher zu bemühen.

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit ist der Namensaufruf der Abgeordneten vorzunehmen. Ich bitte daher den Herrn Knab, die Namen der Mitglieder des Hauses vorzulesen.

Schriftführer Knab vollzieht den Namensaufruf.

Altersvorsitzender Dr. Oberz: Von 159 Abgeordneten sind 146 anwesend. Es ist also an der Beschlussfähigkeit des Hauses nicht zu zweifeln.

Wir kommen dann zur Wahl des Vorsitzenden. Ich frage, ob dazu Vorschläge aus dem Hause gemacht werden. Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Mönning.

Abgeordneter Mönning: Ich beantrage Wiederwahl des ganzen Präsidiums. Nur bitten wir, anstelle von Herrn Lenfing den Herrn Heuser zu wählen. Ich beantrage Wiederwahl durch Akklamation.

Altersvorsitzender Dr. Oberz: Sie haben den Vorschlag gehört. Ich frage, ob gegen die Wahl durch Akklamation Widerspruch erhoben wird. Das ist nicht der Fall. Als erster Vorsitzender ist Herr Dr. Farres vorgeschlagen. Ich frage, ob gegen diesen Vorschlag Einspruch erhoben wird. Auch das ist nicht der Fall. Somit ist Herr Dr. Farres einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Wir kommen dann zur Wahl zweier stellvertretenden Vorsitzenden. Auch hier ist Wahl durch Akklamation vorgeschlagen. Wird dagegen Widerspruch erhoben? Das ist nicht der Fall. Als stellvertretende Vorsitzende sind die Herren Ullenbaum und Heuser vorgeschlagen. Wird dagegen Widerspruch erhoben? Das ist nicht der Fall. Dann sind die beiden Herren zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Damit ist die Aufgabe des Altersvorsitzenden erledigt. Ich bitte nunmehr den Herrn Dr. Farres, den Vorsitz zu übernehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen verbindlichst für das mir durch die Wiederwahl bezeugte Vertrauen.

Ich weiß, daß ich in Ihrem Namen spreche, wenn ich unserem allverehrten Herrn Altersvorsitzenden den herzlichsten Dank ausspreche für die Art, in welcher er wieder die Geschäfte heute bei uns eingeleitet hat (Beifall), wenn ich namentlich ihm und auch dem Herrn Oberpräsidenten für die warmen und festen Worte deutscher und rheinischer Treue danke, mit denen sie uns allen und dem ganzen Rheinlande aus dem Herzen gesprochen haben.

Nach § 2 Absatz 2 der Geschäftsordnung sind zunächst 4 Beisitzer zu wählen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Herren wiederzuwählen, die im vorigen Landtage als solche bestellt waren; das sind die Herren Abgeordneten Elfer, Hauck, von Stedman und Weyers. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind. Ich bitte dann die Herren Elfer und Weyers, zu meiner Linken und Rechten Platz zu nehmen. (Geschicht.) Ich danke den bisherigen Schriftführern für ihre Tätigkeit.

Ich darf dann dem Herrn Staatskommissar mitteilen, daß der Sitzungsvorstand des Provinziallandtags sich gebildet hat.

Ich habe sodann zunächst von einem Schreiben der Kontrolle der deutschen Verwaltung, Kreis Düsseldorf-Stadt, an den Herrn Landeshauptmann Mitteilung zu machen:

„Ich bestätige Ihnen die Vereinbarungen, die Sie heute morgen im Verlaufe der Unterredung mit dem Herrn General-Oberdelegierten getroffen haben, und beehre mich, Ihnen bekannt zu geben, daß der Provinziallandtag vom 18. Dezember ab auf etwa zwei Tage seine Sitzungen abhalten kann.“

Während der Dauer der Sitzungen (Session) können auf den Gebäuden des Ständehauses und Landeshauses die republikanische schwarz-rot-goldene Fahne sowie die Fahne in den rheinischen, grün und weißen Farben gehißt werden.

Gleichzeitig bringe ich Ihnen in Erinnerung, daß keine Reden gehalten oder Fragen erörtert werden dürfen, die die Sicherheit oder die Würde der Besatzungstruppen gefährden könnten.“

Ich habe hiervon Mitteilung zu machen und bitte das Haus, sich danach zu richten. Ich nehme aber an, daß es uns im Rahmen dieser Bindung freisteht, zu allen rheinischen Fragen mit dem Freimut uns zu äußern, den die rheinische Bevölkerung von uns erwartet. (Beifall.)

Der Herr Staatskommissar hat mitgeteilt, daß er den Oberpräsidialrat Dr. Brandt als seinen Kommissar zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der von ihm zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen anmeldet.

Meine verehrten Damen und Herren! Seit unserer letzten Tagung sind drei hochgeschätzte Mitglieder unseres Hauses von uns gegangen, und zwar die Herren Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Böttler, Schlosser Melich und Architekt Wöhler. Die Herren haben sich zum Teil lange in der rheinischen und der lokalen kommunalen Selbstverwaltung unserer Provinz betätigt. Wir haben sie hoch geachtet und ihre Mitarbeit hier geschätzt.

Sie haben sich zu Ehren der Verblichenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich stelle dies mit Dank fest. Anstelle der Genannten sind nach den Wahlvorschlägen in das Haus neu eingetreten die Abgeordneten Dr. Kranz-Bonn, Fräulein Maria Dahm-Elberfeld und Frau Appel-Köln-Klettenberg. Soweit die Herrschaften anwesend sind, heiße ich sie namens des Hauses zur Mitarbeit hier herzlich willkommen.

Die Kommunistische Fraktion hat mitgeteilt, daß Herr Abgeordneter Knab sich wieder der Kommunistischen Fraktion im Provinziallandtage angeschlossen hat. (Heiterkeit.)

Dann hat die Vereinigte sozialdemokratische Fraktion ihre Vereinigung mitgeteilt und damit der Geschäftsordnung entsprochen.

Herr Abgeordneter Dinger hat mitgeteilt, daß er wegen Krankheit verhindert ist, an der diesmaligen Tagung teilzunehmen. Sonst sind keine Entschuldigungen eingegangen. Herr Pattberg hat geschrieben, daß er infolge einer anderweitigen Sitzung erst heute nachmittag erscheinen kann.

Meine Damen und Herren! Die Vorlagen für unsere diesmalige, kurze Tagung sind Ihnen zugegangen. Sie haben die Tagesordnung erhalten. Außer den Ihnen bereits zugegangenen Vorlagen ist Ihnen noch vom Provinzialausschuß ein Bericht und Antrag, betreffend Unterstützung des Oberschlesischen Hilfsbundes durch eine Spende von 500 000 Mk. zugegangen. Diese Vorlage liegt auf Ihren Plätzen. Es wird beantragt, sie im Sachausschuß I zu behandeln. Der Herr Landeshauptmann wird aber Veranlassung nehmen, bei der Begründung der übrigen Vorlagen in unserer heutigen zweiten Sitzung auch diese Vorlage näher zu begründen.

Dann sind eine Reihe von Anträgen eingegangen, über deren geschäftliche Behandlung wir in der heutigen zweiten Sitzung zu beschließen haben werden:

1. Antrag der Büroinspektoren Bekershoff und Peruche bei der Zentralverwaltung auf Rückdatierung ihrer Beförderung zu Büroinspektoren vom 1. Januar 1922 auf den 1. April 1920.
2. Antrag des Vorstandes der Mittelstandsvereinigung von Odenkirchen, Ortsgruppe Hochneukirch, betreffend die Zuteilung der der Gemeinde Hochneukirch von der Eisenbahndirektion Köln genommenen zwei Sitzzüge an die Station Nicken.
3. Antrag des Bürgermeisters von Kettwig auf Bereitstellung der Mittel zur Pflasterung von zwei Straßenzügen zum Bahnhof Kettwig durch die untere Bahnhof- und Ringstraße bis zur Kettwiger Ruhrbrücke sowie von der Wellmuth- durch die Effener, Haupt- und obere Bahnhofstraße bis zur Einmündung der vorerwähnten Ringstraße;
4. Antrag der Leitung der Volkshochschule zu Weklar auf Gewährung eines jährlichen Zuschusses aus Provinzialmitteln.
5. Mitteilung einer vom Innungsausschuß Andernach eingegangenen Entschließung der selbständigen Handwerker der Stadt Andernach.

Ferner ist eingegangen und auf Ihre Plätze verteilt der Bericht der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1922, sowie eine Druckschrift: „Die Organisation der öffentlichen Feuerversicherungen in Deutschland“ von Landesversicherungsrat Syndikus Dr. Wessels.

Meine Damen und Herren! Infolge der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien zu einer Fraktion ist eine Umstellung im Ältestenrat insofern nötig geworden, als wir nunmehr nach einer Verständigung auch im Ältestenrat die Verteilung der Sitze lediglich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vornehmen. Danach hat zu dem Ältestenrat zu stellen: das Zentrum 5, die Arbeitsgemeinschaft 3, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 2 Mitglieder und die Kommunistische Partei 1 Mitglied. Es sind im ganzen also 11 Sitze, wozu noch der Vorsitzende des Provinziallandtages tritt. Es ist nun die Frage, wieviel Ausschüsse wir für die diesmalige Tagung zu bestellen haben. Wenn keine Anträge eingehen und nur diejenigen Sachen auf der Tagesordnung bleiben, die bisher darauf gesetzt worden sind, dann würde es nach Auffassung des Ältestenrates genügen, drei Ausschüsse zu bestellen, und zwar den Sachausschuß I, den Sachausschuß II b und den Sachausschuß III. Die Zusammenfassung der beiden sozialistischen Fraktionen in einer Fraktion hat hier eine Aenderung der Mitgliederzahl nicht notwendig gemacht. Es würden also in diese Ausschüsse, die aus je 15 Mitgliedern bestehen, zu schicken haben: die Zentrumspartei 7, die Arbeitsgemeinschaft 4, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 3 Mitglieder und die Kommunistische Fraktion 1 Mitglied.

Wir werden heute nachmittag noch darüber zu beschließen haben, ob die Ausschüsse einzeln oder, wie das der Ältestenrat Ihnen empfehlen möchte, gemeinschaftlich tagen, um die Tagesordnung in gemeinschaftlicher Sitzung zu erledigen.

Ich möchte nun die Fraktionen bitten, die Namen der Mitglieder, welche sie in die Ausschüsse senden, bis heute nachmittag dem Büro mitzuteilen, damit sie morgen ordnungsmäßig in der Vollsitzung mitgeteilt werden können.

Um heute vorwärts zu kommen, schlägt Ihnen der Ältestenausschuß vor, nunmehr nach Erledigung der formalen Geschäfte eine kurze Pause von einer Viertelstunde eintreten zu lassen und alsdann zu einer zweiten Vollsitzung hier zusammenzutreten, mit folgender Tagesordnung: